

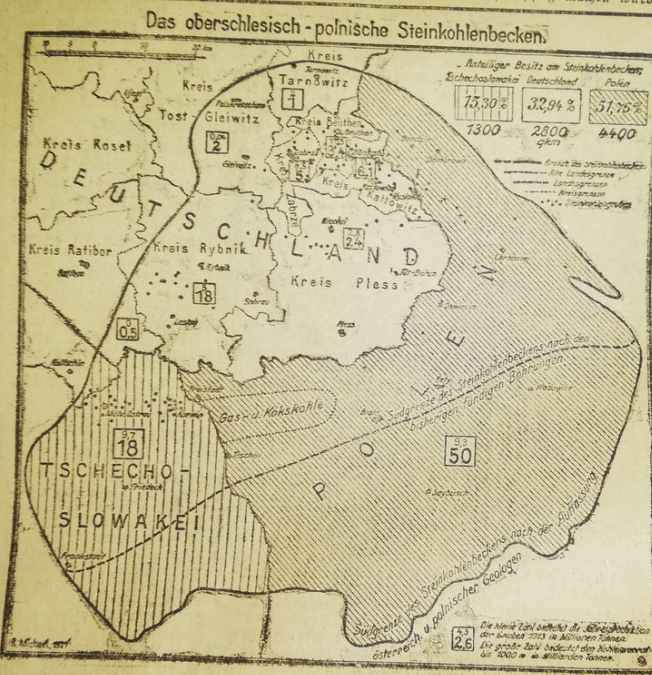
auf die Provinzen anzuwenden. Das ist zum mindesten als eine Eingrenzung empfänglich man in der gegen im einzelnen. Ohne weiter als nicht an Stellen, die an der gemessen sind, eine solche Ablichtung gewissen Stellen auf dem Wege in Sicherheitsverhältnis gegen Berechnungen schaffen. Und im hundert weisliche Redner, die — selbst in der Ansicht gestellten Annahme aufstellen zu dürfen. kein Gegenstand zur Garantie werden, sondern ein solcher zur „Rum, die Selbstständigkeit gedachte, die Einheit des Reiches seinen Verwirklichung des Triumphen der Haltung, die der angenommen hat, also nur bester würde sicher durch eine Entwurf eines veränderlichen Berichtsblätter Abg. von führte: der Entwurf verirrte nährten Organismus der Prognosebehörden. Alle die staat- zu übertragen trachtet, Hauer fürberischen Reorganisation übertragen werden, nicht den. Und dann die in von einzelnen Provinzen durch es müßte wirtschaft- Die außenpolitischen allgemeinen Zusammenbruch werden. Was aber die Pro- führung für den Bestand des nicht näher ausgeführt zu

eines starken, gesunden Reichseinheit und des rischen Verwirklichung des entgegenwirken. —mp—

Gesamtwirtschaften. rana, falls das Arbeits- nicht zur Vorlage gelangt, wärgerichtsgesetzes und des bringen, der den Frauen Gewerbe- und Kauf-

oder an seinen Grenzen bestehen. Die Kommission sind der Ansicht, daß der Zustand der Anstrengung solange anbauen wird, bis die Ungewissheit über das Schicksal des Landes ein Ende genommen hat, und daß dieser Zustand noch schlimmer zu werden droht. Die interalliierte Regierung sei nicht in der Lage, vollständig Entscheidung zu schaffen, denn dies sei nicht nur eine Frage der Autorität, sondern auch eine Frage der Kraft und Zeit. Unerwünschte Elemente seien im Abstimmungsgebiet zurückgeblieben, und die Entwaffnung habe auf beiden Seiten nicht durchgeführt werden können. Jede Partei fürchtet die Angriffe der anderen, und schon ein solches Gerücht kann genügen, einen von beiden Teilen in unüberlegte Aktionen zu treiben. Die Lage wird solange unbe-

Der „Temps“ meißelt, daß das Pariser Außenministerium gestern Abend vor der Räuber-Brands von seinem viertägigen Landaufenthalt Instruktionen an den französischen Botschafter gerichtet hat, die auf der Entsendung von Verstärkungen bestehen. Der „Temps“ deutet aber an, daß dieses Geheiß nicht ernst gemeint sei, und entwickelt auf neue seine Gedanken nicht Anwendung von Sanktionen am Rhein dieselbe Wirkung hätte wie die kettenden Verstärkungen für Oberschlesien. Der „Temps“ nimmt auch den Gedanken auf, daß die von den englischen und italienischen Mitgliedern der Interalliierten Kommission in Opatowitz vorgeschlagene vorläufige Entscheidung, die das zu besetzende Gebiet einschränkt, weitere Verstärkungen überflüssig machen würde, erinert aber auch an seine militärischen



## Braucht Polen Oberschlesiens Kohlen?

Die nebenstehende Karte, entworfen von Geh. Bergrat Prof. Dr. Richard Michael von der Geologischen Landesanstalt in Berlin, veranschaulicht die Grenzen des großen oberschlesisch-polnischen Steinkohlenbeckens nach den Ergebnissen der bisher fündigen Bohrungen und der geologischen Auffassung Österreichischer und polnischer Sachverständiger. Von den drei in Frage kommenden Staaten besitzt Polen schon heute den größten Teil des Kohlenbeckens, nämlich 51,76 pSt., mit einem Kohlenvorrat von 50 Milliarden Tonnen.

Es ist demnach völlig falsch, wenn von polnischer Seite behauptet wird, Polens Industrie habe die oberschlesische Kohle nötig. Polen ist in der Lage, sich seine eigenen Kohlengebiete zu erschließen. Freilich gehört dazu Arbeit. Bequemer für Polen ist es, sich die deutschen Kohlengruben in Oberschlesien zu kaufen zu lassen. Aber diese würden unter der politischen Wirtschaft, die sich immer noch auf Raubbau stützen möchte, rasch rückgängig werden. Weltwirtschaftlich nutzbar bleibt Oberschlesien nur, wenn es deutsch bleibt.



# INSTYTUT PÓLNOCNY

im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie